LUDWIG A. MINELLI

Rede im Theater Basel – Schauspielhaus – am 3. März 2011

# Von der informierten Demokratie zur geschwätzigen Republik

## Anspruch und Wirklichkeit der Medien und deren Auswirkung auf das öffentliche Leben

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Das Theater, so sagt man, sei ein Medium. Es sei das älteste überhaupt.

Es ist Mittler zwischen Autor und Publikum. Es setzt einen einmal geschriebenen Text in Szene und kann ihn dann – hoffentlich – viele Male aufführen und damit allenfalls einige Tausend Leute erreichen.

Doch nicht alles, was im Theater geschieht, ist medial.

Auf der Bühne steht jetzt ein Redner, und im Zuschauerraum sitzen Zuschauer. Hier und heute erfolgt die Information direkt vom Sender zum Empfänger.

Ist dieses Haus voll, wird das, was der Eine hier vorne sagt, von 459 Personen im Publikumsraum gehört und – hoffentlich – sowohl akustisch als auch intellektuell – verstanden.

Das ist aber nur ein ganz kleiner Teil der Gesamtbevölkerung unseres Landes. Von je etwa siebzehntausend Bewohnern der Schweiz ist im besten Fall nur gerade einer hier.

Auf welchem Wege können diese anderen 16'999 Menschen, die pro Anwesenden hier fehlen, erfahren, was ich Ihnen sage?

Dazu braucht es Medien, welche über diesen Anlass berichten.

In der Tagesschau des Fernsehens umfasst ein solcher Beitrag vielleicht 90 Sekunden. 90 Sekunden im Verhältnis zu 45 Minuten sind gerade einmal der dreißigste Teil oder 3,3 Prozent. Es wird somit gekürzt.

Veröffentlicht eine Zeitung einen Bericht über diese Rede, umfasst dieser, wenn es hoch kommt, vielleicht 45 Zeilen zu je 36 Anschlägen, also etwa 1'600 Zeichen. Das Manuskript dieser Rede selbst umfasst etwas mehr als 25’000 Zeichen. Der Bericht in der Zeitung ist also verkürzt auf etwa einen Fünfzehntel. Dies entspricht etwa sechseinhalb Prozent.

Wer kürzen muss, muss weglassen.

Wer weglassen muss, hat zwei Möglichkeiten, dies zu tun:

Entweder wird vergröbert; Einzelheiten verschwinden. Die so gekürzte Aussage ist zwar noch immer wahr, enthält jedoch kaum mehr Details.

Oder aber es wird verzerrt. Das Bild, welches beim Empfänger entsteht, ist deshalb im Ergebnis falsch, weil wesentliche Aspekte fehlen.

Dazu ein besonders krasses Beispiel:

Ein Mitarbeiter von BBC Radio hatte mich einst zu Problemen der Suizidhilfe befragt. In der kurzen Radiosendung wurde dann nur gerade ein einziger, fünf Worte umfassender Satz von mir wiedergegeben, nämlich

> **Zitat**: «Suizid ist eine wunderbare Möglichkeit» **Ende Zitat**.

Doch was hatte ich dem Reporter tatsächlich gesagt?

Ich hatte den Reporter auf die Antwort des Bundesrates vom 9. Januar 2002 auf die Einfache Anfrage von Nationalrat Andreas Gross zu Suiziden und Suizidversuchen hingewiesen. Darin sagt der Bundesrat, man müsse in der Schweiz in jedem Jahr mit bis zu 67'000 Suizidversuchen rechnen. Davon gelingen nur gerade 1'350. Somit scheitern bis zu 65'650. Oft mit grauenvollen Konsequenzen für Dritte – etwa Lokomotivführer –, aber auch für die Gescheiterten. Peter Holenstein wies in seiner Studie «Der Preis der Verzweiflung» für dieses Suizidgeschehen pro Jahr Kosten von mindestens 2,4 Milliarden Franken nach. Das ist etwa ein Zwanzigstel des Gesundheitsbudgets der Schweiz.

Ich sagte dem Reporter weiter: Wolle man etwas unternehmen, um diese gewaltigen Zahlen zu reduzieren, müsse zuerst das Suizid-Tabu beseitigt werden. Dazu müsse man sagen:

> **Zitat**: «Suizid ist eine wunderbare Möglichkeit, sich einer unerträglichen Situation entziehen zu können. Sie ist dem Menschen geschenkt worden, weil er ein Bewusstsein besitzt. Doch Menschen, die so fühlen, sehen die Wirklichkeit selten richtig. Sie sollten die Möglichkeit haben, sich vorher angstfrei mit anderen über ihr Problem unterhalten zu können. Sie sollten deswegen nicht befürchten müssen, in die Psychiatrie eingeliefert zu werden. Meist kann dann für deren Problem eine Lösung in Richtung Leben gefunden werden, und nicht in Richtung Tod.» **Ende Zitat**.

Mit dem verkürzten BBC-Zitat von nur gerade fünf Worten ist die eigentliche Aussage nicht nur unterschlagen worden. Sie ist verfälscht, ja gar in ihr Gegenteil verkehrt worden. Mit dem Zweck, Empörung medial bewirtschaften zu können.

Wenn solches in der gewöhnlich als seriös eingeschätzten britischen BBC geschieht, wie sieht es dann aus, wenn sich die Alltagspresse, geschweige denn die Boulevardmedien zu solchen Themen äussern?

Wir reflektieren dies in unserer Eigenschaft als Medien-Konsumierende kaum. Wir glauben noch immer, darauf vertrauen zu dürfen, dass Medien richtig berichten. Dem entsprechend bilden wir unsere Meinung. Wir sind uns des Ausmaßes des Risikos, absichtlich oder fahrlässig irregeführt zu werden, also nicht

richtig informiert zu werden, kaum je bewusst. Und dies, obwohl man doch sagt, es lüge jemand wie gedruckt.

Wir sind in unserem Land als Staatsbürgerinnen und Staatsbürger gefordert: An der Urne, in Gemeindeversammlungen haben wir immer wieder politische Entscheidungen zu treffen. Da dürfen die Folgen ungenügender, gar irreführender Information nicht vernachlässigt werden.

Lassen Sie mich jetzt zitieren, was das Schweizerische Bundesgericht vor fast genau 100 Jahren zur öffentlichen Aufgabe der Presse und seither immer wieder gesagt hat.

In einem Urteil vom 20. September 1911 hat es die Frage gestellt,

> **Zitat:** « . . . ob das inkriminierte Presseerzeugnis nach Form und Inhalt geeignet war, oder doch den Zweck verfolgte, eine derjenigen Aufgaben zu erfüllen, die im modernen Staat als dem Wirkungskreis der Presse angehörend zu betrachten sind, also z. B.: dem Leser bestimmte, die Allgemeinheit interessierende Tatsachen zur Kenntnis zu bringen, ihn über politische, ökonomische, wissenschaftliche, literarische und künstlerische Ereignisse aller Art zu orientieren, über Fragen von allgemeinem Interesse einen öffentlichen Meinungsaustausch zu provozieren, usw.» **Ende Zitat**

Das Bundesgericht betonte, wo die Presse solche Aufgaben nicht wahrnehme, bestehe keinerlei Grund, die Pressefreiheit besonders zu schützen.

Einer der wichtigsten Begriffe in dieser Umschreibung der «Aufgabe der Medien» ist, dass es um «Tatsachen» gehen soll, welche «die Allgemeinheit interessieren». Der Begriff der Tatsache bedeutet «etwas, was geschehen oder vorhanden ist».

Eine «Tatsache» kann – im Unterschied zu einer Tatsachenbehauptung – ihrer Natur nach nur wahr sein. Eine «unwahre Tatsache» wäre eine *contradictio in adiecto*, ein Widerspruch in sich selbst. Entweder ist etwas wahr; dann handelt es sich um eine Tatsache, oder etwas ist falsch, dann kann es keine Tatsache sein.

Es gehört nun zu den unabdingbaren Aufgaben von Medien, vor Veröffentlichung einer Tatsachenbehauptung zu prüfen, ob die Behauptung wahr ist, und es ist auch zu prüfen, ob sie es wert ist, verbreitet zu werden. Dazu ist es unerlässlich, zu recherchieren. An falschen Tatsachenbehauptungen gibt es keinerlei öffentliches Interesse.

Ein Beispiel:

In meiner beruflichen Tätigkeit als Journalist rief mich in den 1970er Jahren der damalige Direktor Zentrales Marketing der Brauerei Feldschlösschen in Rheinfelden, Werner Kim, an. Er habe den Eindruck, dem Lebensmittel-Grossverteiler Denner gehe es wirtschaftlich schlecht. Denner zahle die Rechnungen für die Lieferungen von Feldschlösschen-Bier immer nur mit sehr grosser Verspätung. Ich solle dem doch einmal nachgehen.

Ich rief Karl Schweri, damals Inhaber von Denner, an. Er lud mich freundlich ein, ihn in seinem Büro zu besuchen. Dort erklärte er mir, seine Firma arbeite nicht mit Bankkrediten. Denner wolle nicht von Banken abhängig werden. Man habe nur Hypothekarkredite für die Liegenschaften. Dass die Rechnungen von Lieferanten spät bezahlt würden, bestritt er nicht. Doch er begründete dies lapidar:

**Zitat**: «Wissen Sie, der Lieferantenkredit ist der billigste» **Ende Zitat**.

Damit war für mich als Journalist das Thema «Denner scheint es schlecht zu gehen» – wie das in unserem Jargon heisst – «gestorben»: Zu berichten, Denner zahle Lieferanten-Rechnungen spät, dafür gab es kein öffentliches Interesse. Die Überlegung des Denner-Chefs war kaufmännisch nachvollziehbar, und sie war es auch nicht wert, verbreitet zu werden.

Aus wirtschaftlichen Gründen können Medien heutzutage derartige Recherchen gar nicht mehr durchführen. Bestenfalls erfolgt noch einziger Versuch eines Telefonanrufs mit der Frage, ob jemand zu einer Behauptung Stellung nehmen wolle. Gibt es keine sofortige Stellungnahme, wird die Nachricht erst einmal veröffentlicht mit dem Zusatz, es sei niemand für eine Stellungnahme erreichbar gewesen. Verbreitet wird demnach in diesem Fall zuerst ein bloßes Gerücht, egal, ob wahr oder unwahr.

Nun gehört es zur menschlichen Natur, die Vergangenheit immer etwas verklärt zu sehen.

Könnte es sein, dass auch wir uns bezüglich der weitaus besseren Qualität der Information vor einigen Jahrzehnten täuschen?

Ich bin nicht dieser Ansicht. Wer – wie ich – damals auch die ehemalige «National-Zeitung» und die «Basler Nachrichten» gelesen hat, kann dies anhand von Beispielen sehr stichhaltig begründen.

In der «National-Zeitung» etwa lasen wir die ausführlichen Berichte über die Verhandlungen der eidgenössischen Räte aus der Feder der Bundeshaus-Korrespondentin Dr. Beatrice Steinmann. Bundesstadt-Redaktor Rolf Eberhard steuerte gescheite Leitartikel bei. Sie zeigten die Hintergründe wichtiger Geschehnisse, machten diese verständlich, kommentierten sie sachkundig und übten notwendige Kritik.

Journalisten und Redaktoren dieser Qualitätsstufe lieferten die Grundlagen, um verstehen zu können, was auf der politischen Bühne des Landes geschieht. Sie haben es dem Publikum ermöglicht, sich dazu eine eigene Meinung zu bilden. Das war auch noch so unter der Chefredaktion von Dr. Alfred Peter, Inlandredaktor Manuel Isler und Wirtschaftsredaktor Dr. Werner Meier in der späteren «Basler Zeitung».

Keine Frage, dass die eigene politische Ausrichtung dieser Persönlichkeiten oft mit in deren Beurteilungen eingeflossen ist. So sagte die aus dem Tessiner Dorf Nante stammende Beatrice Steinmann von sich, sie sei «eine in der Wolle ge-

färbte Liberale». Sie dachte dabei an den alten aufrechten Freisinn des 19. Jahrhunderts.

Wer nur immer wollte, konnte in der Basler «Arbeiter-Zeitung» – später «Abend-Zeitung» – unter Helmut Hubacher Ansichten aus sozialdemokratischer Warte und in den «Basler Nachrichten» unter Peter Dürrenmatt jene der Basler Liberaldemokraten und der ihnen nahestehenden Industriekreise zur Kenntnis nehmen. Nach einer solchen Lektüre konnte man irgendwo im politischen Feld zwischen Freisinn, Liberalen und Sozialdemokraten eine eigene Position beziehen.

Diese echte Vielfalt der örtlichen Presse gab es nicht nur am Rheinknie, und auch nicht nur in den übrigen helvetischen Großstädten Zürich, Bern, Lausanne oder Genf. Auch mittelgroße Städte wie St. Gallen oder Luzern kannten drei sich von einander unterscheidende örtliche Tageszeitungen mit voll ausgestatteter Redaktion und Korrespondenten, und selbst Kleinstädte wie etwa Schaffhausen, Olten oder Aarau hatten deren mindestens zwei.

Das war das Zeitalter, in welchem von der Schweiz gesagt werden durfte, sie sei eine informierte Demokratie.

Tempi passati! –

Wo stehen wir heute?

Wir beklagen die ausgedünnte Qualität der politischen Information.

Parlamentsberichterstattung findet nur noch bezüglich weniger Geschäfte der eidgenössischen Räte statt.

Innenpolitische Leitartikel, sorgfältige Analysen, oder gar fundierte Kritik sind äusserst selten geworden. Landesweit bekannte, geschätzte und viel zitierte einheimische Journalisten sind mir keine mehr bekannt.

Artikel, welche Themen aufgreifen, um einen notwendigen öffentlichen Meinungsaustausch im allgemeinen Interesse im Sinne des zitierten Bundesgerichtsentscheides zu provozieren, fehlen durchgehend.

An deren Stelle sind  Porträts von und Interviews mit irgendwelchen handelnden Personen und allenfalls polarisierende Streitgespräche getreten.

Im Fernsehen DRS ist in der «Information» Kurzfutter üblicher Stoff.

Im Programm massgebend in den Vordergrund getreten sind «Glanz und Gloria», seichte Publikumsspiele, Casting-Shows sowie ausgiebige Berichterstattung über Cervelat-Prominenz. International haben Sterneköche und Fussballresultate vorhersagende Kraken das Zepter übernommen.

Zu Themen von öffentlichem Interesse gibt es kaum sorgfältige, in die Tiefe gehende Darstellungen. Talk-Shows und Arena nehmen als schmalbrüstiger Ersatz Alibifunktionen wahr: Es wird über etwas diskutiert, für welches dem Publikum die grundlegende Information fehlt.

Zwar finden sich trotz allem auf dem freien Fernseh-Markt noch sorgfältige Arbeiten – etwa in Form von Dokumentarfilmen von 89 Minuten Dauer. Es sind nicht 90 Minuten, damit sie nicht durch Werbeblöcke unterbrochen werden dürfen! Dort wird noch umfassende Information transportiert. Doch zunehmend müssen sich solche Werke Kürzungen auf weniger als die Hälfte gefallen lassen. Diktatur des Programmschemas!

Auf weite Strecken somit bloss noch trocken Brot, Spiele, Hahnenkämpfe, Gladiatoren.

Vor einiger Zeit trachtete in dessen «Magazin» der Verwaltungsratspräsident des Zürcher Medienhauses Tamedia AG, Pietro Supino, ähnliche Kritik des Zürcher Soziologen Kurt Imhof an der heutigen Mediensituation zu entkräften. Die ***Vielfalt*** der Informationsmöglichkeiten sei durch die ***Vielzahl*** der heutigen Medienkanäle besser als je zuvor gewährleistet.

Supino wurde 1965 geboren und ist somit heute 46 Jahre alt. Er kann die Qualität der anfangs der Siebzigerjahre noch üblichen Presse zufolge damals jugendlichen Alters nie gekannt haben. Er gibt schlicht die Quantität der Lautsprecher als Qualität des Inhalts aus: Doch wenn auch noch so viele Lokalradios den Äther voll plärren, jedoch alle ihre Nachrichten aus ganz wenigen Quellen, etwa den letzten verbliebenen Nachrichtenagenturen oder tüchtig ins Kraut geschossenen PR-Agenturen geschöpft werden, quillt eben aus allen Lautsprechern ungeachtet der vielen Senderstandorte derselbe Einheitsbrei.

Selbst als ich vor etwa längerer Zeit zufällig wieder einmal am selben Tag die Frontseite einer «Basler Zeitung» und einer «Berner Zeitung» gesehen hatte, erhielt ich den Eindruck, genau dieselbe bereits im «Tages-Anzeiger» gesehen zu haben. Die Online-Auftritte sind im Übrigen auch heute identisch.

Verlautbarungen von Amtsstellen werden vollständig unkritisch weiterverbreitet. Kritische Untersuchung und Bewertung findet nicht statt. Beides wäre aber notwendig, sagte doch der amerikanische Gründervater THOMAS JEFFERSON?

> **Zitat**: «Argwohn, nicht Vertrauen, ist die Grundlage der Demokratie!» **Ende Zitat**.

Wenn schliesslich das Kurzfutter in Pendlerzeitungen von Supino als «Information» bezeichnet wird, sträubt sich in einem alten Journalisten wie mir bildlich geradezu alles. In sämtlichen dieser Medien variiert allenfalls noch die ***Auswahl*** und Zusammenstellung sowie die Illustration der Meldungen; ihr ***Inhalt*** dagegen ist zumeist bloße Industrieware mit Verfalldatum von gestern, über einen einzigen Leisten geschlagen, die allenfalls gerade noch knapp der Ablenkung des Bourgeois während weit weniger als 20 Minuten zu dienen vermag.

***Seriöse*** Entscheidungen von Citoyens im Sinne des Basler Politphilosophen ARNOLD KÜNZLI, und damit auch solche von Parlamentsmitgliedern lassen sich darauf nicht abstützen.

Supino hat gewissermassen zur Ablenkung als Beispiel auf die grossartige Einzelleistung des Freien Journalisten Peter Knechtli mit seinen «Online-Reports»

im Raum Basel hingewiesen. Doch dies vermag all seiner Brillanz zum Trotz das Manko im Medienmonopolgebiet Basel nicht aufzuwiegen: Täglich nur gerade 1'700 Zugriffe auf je etwa drei Seiten fallen gegenüber der Auflage der «Basler Zeitung» (gemäss deren Angaben 83'773) kaum ins Gewicht. Jedenfalls muss bis zum Beweis des Gegenteils leider gezweifelt werden, ob dieser Tätigkeit politische Relevanz zukommt.

Als Ausgleich schaffen die Medien zunehmend eine Welt der Pseudo-Aktualität mittels Events. Was Wunders werden nicht alles für Misters und Missen, Schweizer des Jahres, Basler des Jahres, Brat-, Blut- und Leberwürste des Jahres in diesem Lande gekürt und gekrönt und abgelichtet und auf den Kilimandscharo geschickt! Das RTL-Dschungelcamp führt diese Tendenzen lediglich noch bis zu jenem Punkt fort, in welchem eine Sache nach FRIEDRICH DÜRRENMATT überhaupt erst zu Ende gedacht worden ist: dann nämlich, wenn sie ihre schlimmstmögliche Wendung genommen hat.

Bildung, Wissen und Denkvermögen in den Medien fehlen zusehends. Beweis: Die Unvernunft in der Sprache der Medien.

Da werden wirkliche oder angebliche Fortschritte auf irgendeinem beliebigen Gebiet etwa als «Quantensprung» bezeichnet.

Richtig verwendet, steht dieser Begriff im Zusammenhang mit einer der absolut kleinsten Distanzen in der Physik im Bereich von wenigen Picometern, also Billionsteln von Metern: Man spricht von einem Quantensprung, wenn ein Elektron eines Atoms seinen Ort plötzlich von der einen auf eine benachbarte Umlaufbahn um seinen Atomkern verlegt und dabei ein Energiequant aussendet oder verschluckt.

«Sternschnuppe» heisst im Englischen «shooting star». Das ist ein von der Erde aus wahrnehmbares nächtliches Himmelsphänomen von ausgesprochen kürzester Dauer. Wer nun aber in den Medien den Skispringer Simon Ammann nach einem phänomenalen Sieg als «shooting star» bezeichnet, muss sich demzufolge die Frage gefallen lassen, was Wunderbares er denn damit wohl gemeint haben könnte.

Zu lesen und zu hören ist, es seien einer Katastrophe wegen Personen evakuiert worden. «Evakuieren» heisst «leer räumen». Wohl mögen in den Medien zahlreiche Köpfe leer geräumt worden sein; dort ist dann die Katastrophe jedoch Folge, nicht Ursache solchen Tuns.

Nicht selten wird vom «Börsenwert» eines Unternehmens gesprochen. Zu dessen Ermittlung wird die Zahl der emittierten Aktien einer Aktiengesellschaft mit dem gerade aktuellen Börsenkurs dieser Wertpapiere multipliziert.

Nun bildet sich ein Preis grundsätzlich aufgrund des Verhältnisses zweier Phänomene des Marktes, nämlich von Angebot und Nachfrage. Diese sind von einer Vielzahl von Faktoren innerhalb einer Volkswirtschaft oder gar weltweit beeinflusst.

Um hierzu einen Basler Bezug herzustellen: Einer dieser Faktoren kann etwa die Tatsache sein, dass an einem grossen Unternehmen eine einzige Familie das grösste Aktienpaket hält, und der in derselben Stadt tätige grosse Konkurrent das zweitgrößte. So befinden sich nur etwa 16 Prozent der Aktien der «Roche» in Streubesitz. Und von denen nehmen längst nicht alle am Markt teil, sondern werden eifersüchtig im Portefeuille über Jahrzehnte als blue chips gehütet. Ein solch enges Angebot sorgt für hohe Kurse. Ein «Börsenwert» eines Unternehmens ist somit überhaupt nichts, was irgendeine wesentliche Information enthält.

Um solches zu wissen, braucht es nicht einmal ein Ökonomiestudium. Die schlichte Lektüre von GEORGE BERNARD SHAWS Werk «Wegweiser für die intelligente Frau zu Kapitalismus und Sozialismus», Kapitel 51, Original aus dem Jahre 1927, deutsch 1928, würde vollauf genügen.

Ähnlicher Beliebtheit bei den Medienschaffenden kommt der sogenannten «magischen Grenze» zu. Neuestens hat dieser Begriff sogar in der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 7. Januar 2011 auf die Höhlenforschung übergegriffen. In einem Bericht über die Kehrichtentsorgung aus dem im Muotathal gelegenen Höllloch hieß es, das bisher vermessene größte Höhlensystem Europas weise mittlerweile eine Länge von 197 Kilometern auf. Somit nähere es sich der «magischen Grenze» von 200 Kilometern.

Erfüllen unsere Medien noch die Aufgabe, über wichtige Fragen, die öffentliches Interesse verdienen würden, aber noch nicht haben, einen Meinungsaustausch zu provozieren?

Prüfen wir das an einem naheliegenden Beispiel.

Sie erinnern sich: Jährlich, so sagte der Bundesrat anfangs 2002, müsse in der Schweiz mit bis zu 67'000 Suizidversuchen gerechnet werden.

67'000 Menschen entsprechen nicht ganz der Einwohnerzahl der Stadt Luzern oder der Stadt St. Gallen oder ziemlich genau einem Drittel der Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt.

Ein Problem dieser Größenordnung: Verdient es allgemeines Interesse, oder erheischt es dieses gar?

Jedenfalls hat eine öffentliche Debatte darüber seit 2002 bis heute nie stattgefunden.

Der damalige Luzerner SP-Nationalrat Hans Widmer hat im Sommer 2002 vom Bundesrat mit einem Postulat Massnahmen verlangt, um diese grossen Zahlen zu reduzieren. In den seither vergangenen neun Jahren hat die Regierung zwar 2005 einen Bericht des Bundesamts für Gesundheit von 41 Seiten zu Suiziden und Suizidprophylaxe veröffentlicht. Das ist gerade alles. Die schlimmen Zahlen haben sich dadurch nicht verändert.

Demgegenüber ist es in unserem Lande in den letzten fünfzig Jahren mit erheblichen Anstrengungen gelungen, die Zahl der jährlich im Straßenverkehr getöte-

ten Menschen von etwa 1'600 auf bis gegen 300 zu reduzieren. Doch scheinen Suizide und Suizidversuche als unveränderliche Naturereignisse einfach hingenommen oder überhaupt ausgeblendet zu werden.

Anders und ungleich viel dringender scheint es für die Politik jedoch zu sein, wenn es um Beihilfe zum Suizid durch Organisationen geht. Da lesen wir im 35 Seiten umfassenden Bericht des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) vom 15. Mai 2009 auf dessen Seite 6:

> **Zitat**: «Ziel einer möglichen Bundesgesetzgebung sollte die Verringerung der Fallzahlen im Bereich der organisierten Suizidhilfe sein.» **Ende Zitat**.

In der Schweiz beenden in einem einzigen Jahr keine 500 Personen ihr Leben mit Hilfe einer Organisation wie Exit A.D.M.D (Französische Schweiz), Exit (Deutsche Schweiz), Ex International oder Dignitas. Das sind etwa so viele, wie in diesem Saal Platz finden. Und dies stets nur nach sorgfältiger Abklärung in jedem Einzelfall.

Der Justizdirektor des Kantons Zürich, Regierungsrat Dr. Markus Notter, hat im Zürcher Kantonsrat am 29. Oktober 2007 wörtlich bescheinigt:

> **Zitat**: «Aber wir erkennen, dass die Sterbehilfeorganisationen, so, wie sie jetzt vorhanden sind, im Wesentlichen gute Arbeit leisten.» **Ende Zitat**.

Wäre es nicht eine wichtige Frage, zu untersuchen, weshalb die Politik an einem Gesetz werkelt, das sich einem Gegenstand widmet, der jährlich nur etwa 500 Menschen betrifft? Und warum sie sich beharrlich weigert, dort zu handeln, wo es um das Leben von gegen 70'000 Menschen geht? Sollte man nicht auch fragen, weshalb die Politik bisher partout nicht hat zur Kenntnis nehmen wollen, dass diese Organisationen in erster Linie Lebenshilfe- und Suizidversuchs-Präventions-Organisationen sind?

Sie helfen Menschen in schwierigen Situationen, Klarheit darüber zu erlangen, ob sie ihr Leben abbrechen wollen oder aber weiter leben können. Dabei optiert die überwiegende Mehrheit der von den Organisationen beratenen Personen – nämlich gegen 90 Prozent – für das Weiterleben. Für die Politik und die Medien existiert dies nicht.

Wäre es auch eine Frage von öffentlichem Interesse, zu untersuchen, wie es der Vizedirektor des Bundesamts für Justiz, Bernardo Stadelmann, wagen konnte, den Bundesrat mit diesem soeben zitierten Bericht des EJPD irrezuführen? Dies nicht zuletzt auch auf der Grundlage erkennbar wahrheitswidriger Medienberichte. Welches waren seine Motive?

Obschon Dignitas diesen Bericht mit entsprechenden Kommentaren und Beweisen seit langem im Internet veröffentlicht hat, ist dies nie Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden. Selbst die Geschäftsprüfungskommissionen der eidgenössischen Räte, die auf diese unredliche Information zuhanden des Bundesrates hingewiesen worden sind, haben bis heute nicht reagiert. Verdient absichtliche Irreführung des Gesetzgebers durch einen Spitzenbeamten öffentliches In-

teresse? Wäre angesichts solcher Manipulation von Regierung und Parlament vielleicht gar Empörung am Platz?

Die Worte «Empörung» und «empört» gehören gegenwärtig zu den wichtigsten in den Augen heutiger Medienschaffender. Sie glauben, wo Empörung bewirtschaftet werden könne, könne man Leser, Zuhörer oder Zuschauer an ein Medium binden.

So halten es heutige Medienschaffende denn für ihre wichtigste nationale öffentliche Aufgabe, Tag für Tag vorwiegend nach einer neuen Sau Ausschau zu halten, die sie durch die Gassen des Mediendorfes treiben können, zu welchem die Welt zusammengeschrumpft ist. Sie haben keinerlei Gespür dafür, dass Empörung bloßes Strohfeuer ist.

Als am Wohlergehen unseres Gemeinwesens interessierte Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, als Citoyens, stehen wir vor einem durchaus unerfreulichen Phänomen: Aus den Medien, egal ob gedruckt, gesprochen oder als Fernsehbeiträge verbreitet, quillt vorwiegend nur noch Geschwätzigkeit. Basisinformation, Wissen oder fundierte Kritik jedoch fehlen weitgehend. Damit fehlt der Öffentlichkeit die Grundlage, um sich sachkundig um die *res publica* kümmern zu können. Unterhaltung und Zerstreuung stehen im Vordergrund. Altrömische Dekadenz: *panem et circenses*. Oder neuzeitlicher: «Fahrenheit 451» lässt grüssen.

Dies allerdings nicht zuletzt auch deshalb, weil wir als Medienkonsumierende nicht bereit sind, anständige Information anständig zu bezahlen.

Wir haben uns daran gewöhnt, kostspielige wahrheitsgemässe Information und teures bedrucktes Papier und die damit verbundene Nachtarbeit, technischen Aufwand und Transport als etwas Billiges anzusehen und durch die Werbewirtschaft und die Inseratenteile subventionieren zu lassen, die durch das Internet teilweise sogar beinahe ganz zusammengebrochen sind.

Kein Wunder, dass heutige Verleger nicht mehr interessiert, was als bloßer Kostenfaktor auf der Rückseite von Anzeigen abgedruckt wird.

So ist denn die Schweiz mittlerweile zu einer geschwätzigen Republik verkommen.

-oOo-

Peer Teuwsen hat mich heute früh um 5.40 Uhr in einem e-Mail gebeten, doch noch einige Worte dazu zu sagen, «was dieser Zustand für die Zukunft des Landes bedeutet». Ich habe ihm um 5.42 Uhr in einem e-Mail geantwortet, ich wolle mir das überlegen.

Dazu ist zuerst einmal zu sagen, dass ich nicht Prophet bin, und ich bin auch nicht Mike Shiva, der sich vor kurzem mitten in der Umgebung des Basler Daigs niedergelassen hat und nun von dort aus die Zukunft weissagt. Mir jedenfalls ist es nicht möglich, vorherzusagen, was aus dieser Situation werden wird.

Es ist denkbar, dass eine kleine Elite Internet-Alternativ-Medien aufsucht, um dort Information zu suchen. Also die schon in der Rede erwähnten «onlinereports» von Peter Knechtli. Oder das «Journal 21», in welchem eine grosse Zahl von pensionierten Journalistinnen und Journalisten weiter versuchen, journalistischen Mehrwert auf der von früher her bekannten Qualitätsstufe zu bieten.

Würden von Privaten und Firmen vermehrt Straf- und Zivilprozesse gegen Medienschaffende und Verlage angestrengt und durchgehalten, und würden die Gerichte bezüglich des Persönlichkeitsschutzes ihre Verantwortung richtig wahrnehmen, könnte allenfalls ein heilsamer Einfluss ausgeübt werden: Müssten Verleger für Falschmeldungen, welche in Persönlichkeitsrechte Dritter eingreifen, erhebliche Summen im Sinne nachträglicher Lizenzgebühren an die Verletzten bezahlen– beispielsweise einen Franken je Exemplar der Auflage pro Falschbehauptung –, würden sie der Rückseite von Inseraten rasch wieder mehr Aufmerksamkeit zuwenden und dafür sorgen, dass vor dem Abdruck solcher Behauptungen deren Wahrheitsgehalt recherchiert wird. Daran hätte die Öffentlichkeit ein erhebliches Interesse; sie könnte sich wieder eher darauf verlassen, dass das, was in Zeitungen steht, wahr ist. Oder aber sie verschwinden ganz vom Markt, was bei einer ganzen Reihe von Zeitungen, so wie sie heute daher kommen, auch kein Schaden wäre.

Eine andere – ungewöhnliche – Idee könnte eventuell auch helfen, das Zeitungsgeschäft insgesamt und damit die Qualität des Inhaltes zu verbessern. Dazu eine Vorbemerkung:

Um ein Problem durch Nachdenken zu lösen, so sagt der berühmteste unbekannte Schweizer, Fritz Zwicky*, müsse man zuerst alle vernünftigerweise denkbaren Möglichkeiten denken. Das ist der eine Ansatz.

Der andere liegt wieder bei Thomas Morus, dem Utopisten: die utopische Methode besteht darin, dass man zuerst einmal überlegt, wie eine Frage idealerweise gelöst werden könnte, ohne dabei schon im vornherein irgendwelche Beschränkungen des Denkens zu akzeptieren. Man darf also nicht zuerst denken, vermutlich geht das wohl nicht. Sondern man muss denken, wir suchen jetzt eine theoretisch denkbare Lösung, und erst dann schauen wir, ob wir die Wirklichkeit so verändern können, dass wir dieser so nahe wie möglich kommen.

Mir schwebt die individualisierte Zeitung vor. Ich frage mich seit langem, weshalb die Zeitungen heutzutage noch immer mit allen ihren unterschiedlichen Teilen an alle Abonnenten in der gleichen Zusammenstellung verschickt werden, obwohl jeder Leser ganze Teile einer Zeitung überhaupt nicht liest, sondern sofort überblättert und wegwirft. Ich bräuchte keinen Sportteil, keinen Börsenteil, keinen Liegenschaften- und Mietanzeiger, keine Stelleninserate, keine besondere Beilage wie etwa «Alpha», den Top-Stellenanzeiger der Tamedia, usw. Wenn ich die Möglichkeit hätte, übers Internet einem Verlag zu melden, welche Teile der Zeitung man mir von jetzt an senden soll, und ich dann nur noch jene Zeitungsteile erhalte, in welchen das veröffentlicht wird, was mich wirklich interessiert, würden Papier- und Druckkosten und auch Transportkosten stark redu-

ziert werden können. Das wäre heute sowohl drucktechnisch, fördertechnisch und adressiermäßig machbar; ich habe mich dazu schon vor Jahren bei einer Spezialfirma erkundigt. Wenn mir aber Herr Supino in einem persönlichen Gespräch sagt, die Inserenten im «Alpha» wollten eben, dass diese Beilage **jedem** Exemplar des Tagi beigelegt wird, ist das nur ein weiterer Hinweis auf die in der Werbe- und Zeitungsbranche seit Jahrzehnten grassierende Unvernunft: Je spezialisierter eine Beilage, desto größer der Streuverlust – und desto größer der Papierabfallberg. Da die Inserenten heute schon den Streuverlust bezahlen, können sie dieselben Beträge zahlen, wenn der Streuverlust wegfällt; die für solche Kosten weggefallenen Mittel stünden dem Verlag wieder für den Ausbau des Inhalts zur Verfügung.

Für die öffentliche Sache, die *res publica*, ist die Lage heute schon dramatisch. Der Bundesrat ist mit einem Postulat von Nationalrat Hans-Jörg Fehr aufgefordert worden, deswegen die Lage der Medien zu prüfen, und eine Reihe von Studien liegt dazu bereits vor.

Das Problem beginnt aber schon wesentlich früher: Etwa beim Abbau des Staatsbürgerkundeunterrichts in den Schulen. Würde man den jungen Menschen zeigen, was ein Einzelner in der Gemeinschaft zu bewirken vermag, wenn er weiss, wie das System funktioniert, wäre viel gewonnen. Ich habe deshalb schon vor 16 Jahren in dem plädoyer-Buch «Recht, Macht und Gesellschaft» im Aufsatz «Reminiszenzen aus dem Leben eines Privatpolitikers» (Hrsg. Hans Baumgartner und René Schuhmacher, Rio-Verlag, Zürich, 1995) solches anhand meines eigenen Lebens geschildert.

Wenn es uns mittelfristig nicht gelingt, das Problem der zutreffenden Information der Öffentlichkeit angemessen zu lösen, werden politische Entscheidungen in Abstimmungen zunehmend unvernünftig werden, weil dann nur noch entscheidend ist, welche Interessengruppe die größeren Finanzmittel aufwenden kann, um ihre Schlagworte an die Plakatwände zu kleben. Es droht Manipulation.

GOTTFRIED KELLER hat es in seinem «Fähnlein der sieben Aufrechten» gesagt: «Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderwärts, sich grosse Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Weise erarbeitet und erspart worden zu sein; dann wird es gelten, dem Teufel die Zähne zu weisen; dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fahnentuch!»

Richard Graf Coudenhove-Kalergi hat einmal gesagt, die Schweizer seien ein Volk von Vernünftigen. Das wird dann nicht mehr zutreffen.

Um diese Ausführungen abzuschließen: Es ist ein Problem, welches des Schweißes der Edlen wert ist.

---

*Fritz Zwicky, 1898-1974, Astrophysiker und Astronom in Pasadena USA, entwickelte eine Morphologie zum Lösen von Problemen durch planmässiges Nachdenken